DIW Wochenbericht

30 2025

Wirtschaft. Politik. Wissenschaft.

463 Bericht von Anna Bindler und Hannah Walther

Das Sicherheitsgefühl in Deutschland ist sozial und regional ungleich verteilt

- Kriminalitätsfurcht steht nicht nur im Zusammenhang mit realer Kriminalität, sondern kann auch unabhängig davon zunehmen
- Regional ist ein deutliches Nord-Süd-Gefälle erkennbar, wobei Menschen im Süden sich sicherer fühlen
- Sozial ungleich verteilt zeigt sich Kriminalitätsfurcht besonders bei vulnerablen Gruppen

472 Interview mit Anna Bindler

476 Kommentar von Marcel Fratzscher

Für eine Stärkung des Bürgergelds

100 JAHRE – 100 GESCHICHTEN
DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG 1925 BIS 2025

© DIW Berlin

„Wir wollen gesellschaftlichen Wandel verstehen" – Das Sozio-oekonomische Panel

Das Sozio-oekonomische Panel (kurz: SOEP) ist eine der umfangreichsten und am längsten laufenden sozialwissenschaftlichen Panelstudien weltweit. Jährlich befragt das SOEP-Team derzeit etwa 30 000 Personen in knapp 20 000 Haushalten. „Wir wollen menschliches Leben verstehen", sagt SOEP-Leiterin Sabine Zinn. „Wir wollen wissen, wie soziale Gruppen miteinander zusammenleben und den Zusammenhang finden zwischen den Überzeugungen der Menschen und ihren Handlungen."

Seit 1984 sammeln die SOEP-Forscher*innen Paneldaten von tausenden Menschen und machen sie dabei auch Wissenschaftler*innen auf der ganzen Welt zugänglich. „Das SOEP war am Anfang ein kleines Projekt, in dem relativ wenig Personen gearbeitet haben", sagt Zinn. „Mittlerweile haben wir im Geschäftsbereich SOEP fast 80 Mitarbeiter*innen, die bei Erhebungen unterstützen, die Daten aufbereiten und mit diesen Forschung betreiben."

Die ganze Geschichte und viele weitere können Sie auf unserer Jubiläumswebsite lesen: www.diw.de/100jahre

100 JAHRE DIW BERLIN

IMPRESSUM

DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 E-Mail: kundenservice@diw.de
92. Jahrgang 23. Juli 2025

Herausgeber*innen
Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion
Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann; Kristina van Deuverden

Lektorat
Dr. Renke Schmacker

Redaktion
Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer; Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung
Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter **www.diw.de/wochenbericht** abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter **www.diw.de/wb-anmeldung**

ISSN 1860-8787

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

DIW Wochenbericht
30 2025

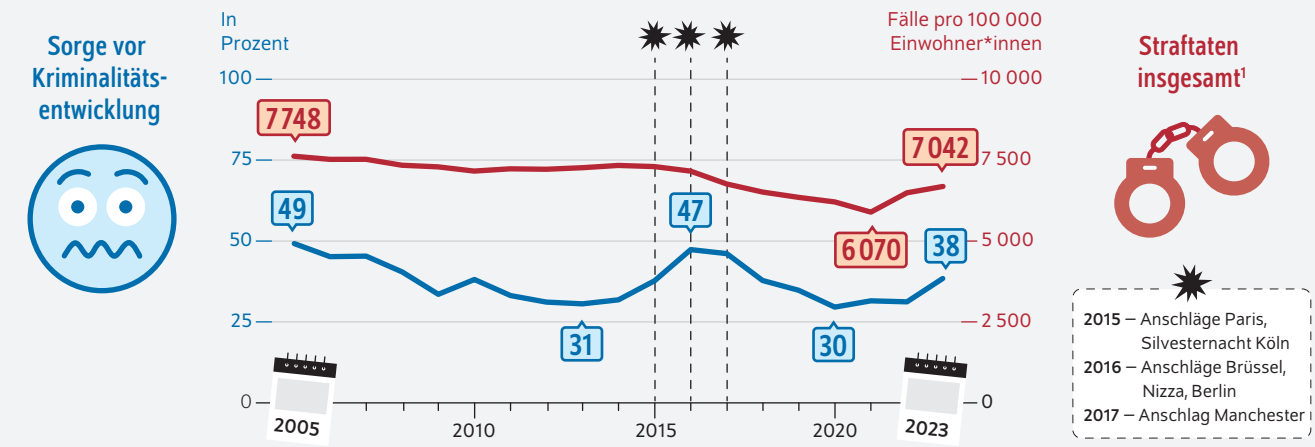
AUF EINEN BLICK

Das Sicherheitsgefühl in Deutschland ist sozial und regional ungleich verteilt

Von Anna Bindler und Hannah Walther

- Sicherheitsgefühl beeinflusst individuelles Verhalten, Lebensqualität, Konsumverhalten und kann politische Einstellungen sowie staatliches Handeln prägen
- Kriminalitätsfurcht steht nicht nur im Zusammenhang mit realer Kriminalität, sondern kann auch unabhängig davon zunehmen, etwa in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche
- Ältere Menschen, Frauen, Personen ohne Hochschulabschluss oder mit niedrigem Einkommen sorgen sicher eher um die Kriminalitätsentwicklung
- Regional ist bei Kriminalität und Sicherheitsempfingen ein deutliches Nord-Süd-Gefälle erkennbar, wobei Menschen im Süden sich sicherer fühlen als im Norden
- Medien und Politik sollten sachlich aufklären, damit Wahrnehmung von Kriminalität und tatsächliche Lage nicht auseinanderdriften

Kriminalitätsfurcht in Deutschland entwickelt sich teils parallel, teils gegenläufig zu den Gesamtstraftaten



Quelle: SOEPv40; PKS, eigene Berechnungen.

1 Ohne Verstöße gegen das Aufenthalts-, das Asylverfahrens- und das Freizügigkeitsgesetz.

© DIW Berlin 2025

ZITAT

„Die Jahre, in denen sich Kriminalität und Kriminalitätsfurcht gegenläufig entwickelten, fielen zusammen mit gesellschaftlichen Veränderungen. Das ist die Zeit der Fluchtzuwanderung 2015/16, aber auch ein Zeitraum mit vielen Terroranschlägen in Europa. Das hat sicherlich dazu beigetragen, dass das Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung gestiegen ist.“ — ***Anna Bindler*** —

MEDIATHEK

Audio-Interview mit Anna Bindler
www.diw.de/mediathek

Das Sicherheitsgefühl in Deutschland ist sozial und regional ungleich verteilt

Von Anna Bindler und Hannah Walther

ABSTRACT

Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist gesellschaftlich hoch relevant: Es beeinflusst individuelles Verhalten, Lebensqualität, Konsumverhalten und kann politische Einstellungen sowie staatliches Handeln prägen. Mithilfe von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und des Gleichwertigkeitsberichts der Bundesregierung 2024 werden die Entwicklung sowie die regionale und gesellschaftliche Verteilung des Sicherheitsempfindens in Deutschland analysiert. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass Kriminalitätsfurcht nicht nur mit realer Kriminalität zusammenhängt, sondern unabhängig davon zunehmen kann. Das zeigt sich zum Beispiel in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche. Regional ist ein deutliches Nord-Süd-Gefälle erkennbar: Kriminalität ist im Süden geringer und die Menschen fühlen sich dort sicherer als im Norden. Sozial ungleich verteilt zeigt sich Kriminalitätsfurcht besonders bei vulnerablen Gruppen: Menschen mit Migrationshintergrund fühlen sich tendenziell unsicherer. Junge Menschen, Männer, Personen mit Hochschulabschluss oder höherem Einkommen machen sich weniger Sorgen um die Kriminalitätsentwicklung. Um zu vermeiden, dass subjektive Wahrnehmung von Kriminalität und faktische Sicherheitslage auseinanderdriften, sollte eine verantwortungsvolle Berichterstattung und ein sachlicher Diskurs angestrebt werden. Medien und Politik sollten zur Aufklärung beitragen, statt Ängste zu verstärken.

Kriminalität verursacht erhebliche Kosten. Internationale Studien beziffern die gesamtwirtschaftlichen Kosten in den USA auf bis zu zehn, in Europa auf vier bis sieben Prozent des Bruttoinlandproduktes.[1] Gesellschaftliche Kosten von Kriminalität gehen aber darüber hinaus: Neben materiellen Schäden und Folgen für die Opfer beeinflusst Kriminalität auch das subjektive Sicherheitsgefühl.[2] Verschiedene Umfragen zeigen, dass dieses in Deutschland in den letzten Jahren gesunken ist.[3] Diese Entwicklung prägt auch die politische Debatte. Im Bundestagswahlkampf 2025 wurden Kriminalität und innere Sicherheit stark thematisiert und spielen weiterhin eine große Rolle, unter anderem im Kontext der Migrationspolitik.

Inwieweit spiegeln die Sorgen vor Kriminalität die faktische Sicherheitslage im Land wider? Vor zehn Jahren beschäftigten sich schon einmal Wissenschaftler*innen des DIW Berlin mit dieser Frage.[4] Die Annahme, Angst vor Kriminalität sei in vielen Regionen irrational und entspreche nicht der Sicherheitslage vor Ort, konnten die Forscher*innen damals nicht bestätigen. In ihrem Bericht dokumentierten sie einen deutlichen statistischen Zusammenhang zwischen regionaler Kriminalitätsbelastung und Kriminalitätsfurcht. Seit 2015 haben sich jedoch viele gesellschaftliche Veränderungen ergeben, die sich auf die Wahrnehmung von Kriminalität (und Kriminalität selbst) ausgewirkt haben können.

Der vorliegende Bericht beschreibt das gesellschaftliche und persönliche Sicherheitsempfinden in Deutschland. Mithilfe von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und

1 David A. Anderson (2012): The Cost of Crime. Foundations and Trends in Microeconomics, 7(3), 209–265; Horst Entorf und Alexander Schulan (2018): Kosten-Nutzen-Analyse in der Kriminalprävention. In: Maria Walsh et al. (Hrsg.): Evidenzorientierte Kriminalprävention in Deutschland: Ein Leitfaden für Politik und Praxis, Wiesbaden (online verfügbar, abgerufen am 28. Juni 2025. Dies gilt auch für alle anderen Onlinequellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt).

2 Anna Bindler, Nadine Ketel und Randi Hjalmarsson (2020): Costs of Victimization. In: Dave Marcotte and Klaus Zimmermann (Hrsg.): Handbook of Labor, Human Resources and Population Economics. Springer, Cham.

3 Anna Bindler (2025): Mehr Sicherheit durch Prävention: Wie Bildung, Arbeit und soziale Stabilität Kriminalität verringern. DIW aktuell Nr. 108 (online verfügbar).

4 Mathias Bug, Martin Kroh und Kristina Meier (2015): Regionale Kriminalitätsbelastung und Kriminalitätsfurcht – Befunde der WISIND-Studie. DIW Wochenbericht Nr. 12, 259–269 (online verfügbar). Der Bericht umfasst eine nach Deliktschwere gewichtete Kriminalitätsbelastung und Dunkelfeldbereinigung.

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2025-30-1

Kasten 1

Datengrundlage Sicherheitsempfinden

Im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), der größten und am längsten laufenden Langzeitpanelstudie Deutschlands, wird seit 1994 die Sorge vor der Kriminalitätsentwicklung in Deutschland abgefragt. Dabei wird die soziale Kriminalitätsfurcht anhand der Frage „Wie ist es mit den folgenden Gebieten – machen Sie sich da Sorgen?" bezogen auf „Über die Entwicklung der Kriminalität in Deutschland" erhoben. Die Befragten können mit „große Sorgen", „einige Sorgen" sowie „keine Sorgen" antworten. Es wurde in diesem Bericht der Anteil untersucht, der sich „große Sorgen" macht (Abbildungen 1, 2 und 7).

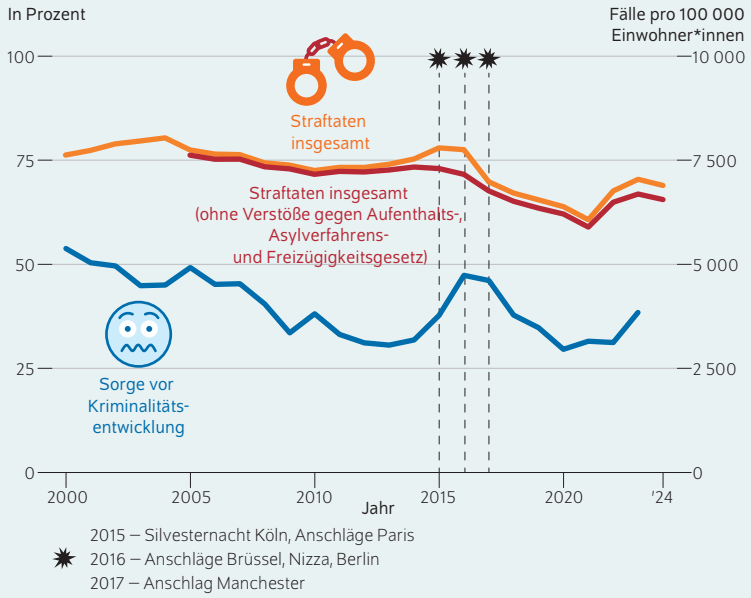
Der Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung 2024 (GWB), herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE), untersucht die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in deutschen Regionen. Er basiert auf einer repräsentativen Befragung von über 30 000 Bürger*innen, die 2023 durchgeführt wurde. Anhand der Frage „Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrer Wohnumgebung insgesamt?" und den Antwortmöglichkeiten „Sehr sicher", „Eher sicher", „Eher nicht sicher", „Gar nicht sicher" und „Weiß nicht" wird die personale Kriminalitätsfurcht erfasst. Die Angaben wurden mit Werten von 0 bis 3 kodiert; höhere Werte bilden ein höheres Gefühl von Sicherheit ab. Es wurden die Werte auf einer Skala von 0 bis 1 normiert, sodass ein Wert von 0 im Vergleich volles Unsicherheitsempfinden und von 1 volles Sicherheitsempfinden bedeutet (Abbildungen 3, 4 und 5). Für Abbildungen 3 und 4 wurden sie vorher regional gemittelt. Die Befragung zum GWB umfasste zudem die Frage „Wenn man einmal die Lebensqualität in den unterschiedlichen Regionen in Deutschland vergleicht: Welche der folgenden Aspekte sind Ihnen hierfür besonders wichtig? Sie können bis zu drei Aspekte angeben". „Sicherheit vor Kriminalität" war eine der Auswahlmöglichkeiten. Die Antworten wurden kodiert als 3–Wichtigste, 2–Zweitwichtigste, 1–Drittwichtigste, 0–Nicht genannt. Es wurde daraus eine binäre Variable kodiert, die angibt, ob „Sicherheit vor Kriminalität" ausgewählt wurde (Abbildung 6).

Im monatlichen Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen wird die Frage „Fühlen Sie sich durch die Kriminalität bei uns bedroht?" regelmäßig gestellt. Befragte können mit „Ja" oder „Nein" antworten. Die Frage wurde nicht in jedem Monat erhoben und die Anzahl an Beobachtungen pro Monat ist teilweise klein, sodass Antworten monatlich gewichtet und jährlich gemittelt wurden.

Abbildung 1

Sorge vor Kriminalitätsentwicklung und Straftaten insgesamt in Deutschland

In Prozent (Sorgen); in Häufigkeitszahl (Straftaten)



Anmerkungen: Es wird der Anteil der Befragten dargestellt, der auf die Frage „Wie ist es mit den folgenden Gebieten – machen Sie sich da Sorgen?" bezogen auf „Über die Entwicklung der Kriminalität in Deutschland" mit „große Sorgen" geantwortet hat. Die Korrelationskoeffizienten betragen: 2000–2013 r=0,88; 2014–2017 r=-0,71; 2018–2023 r= 0,67.

Quellen: SOEPv40; PKS, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Die Korrelation zwischen sozialer Kriminalitätsfurcht und Kriminalitätsraten schwankt über die Zeit.

Kriminalitätsfurcht hat verschiedene Dimensionen

Bei der Analyse von Kriminalitätsfurcht wird zwischen sozialer und personaler Kriminalitätsfurcht unterschieden. Soziale Kriminalitätsfurcht beschreibt die Sorge um Kriminalität als gesellschaftliches Problem, aber geht nicht zwingend mit einer eigenen Betroffenheit einher. Sie kann außerdem persönliche Einstellungen zu Polizei, Strafverfolgung oder Justiz beinhalten.[5] Um sie zu messen, werden Personen beispielsweise nach ihren Sorgen über die Kriminalitätsentwicklung und zu ihren Einstellungen zur Sicherheit befragt, so wie im SOEP (Kasten 1). Personale Kriminalitätsfurcht beschreibt hingegen die Angst, persönlich betroffen zu sein:[6] Sie zeigt sich in der Angst vor Kriminalität (affektive Ebene), in der Einschätzung der Wahrscheinlichkeit, selbst Opfer zu werden (kognitive Ebene), oder im Verhalten, das dieses Risiko

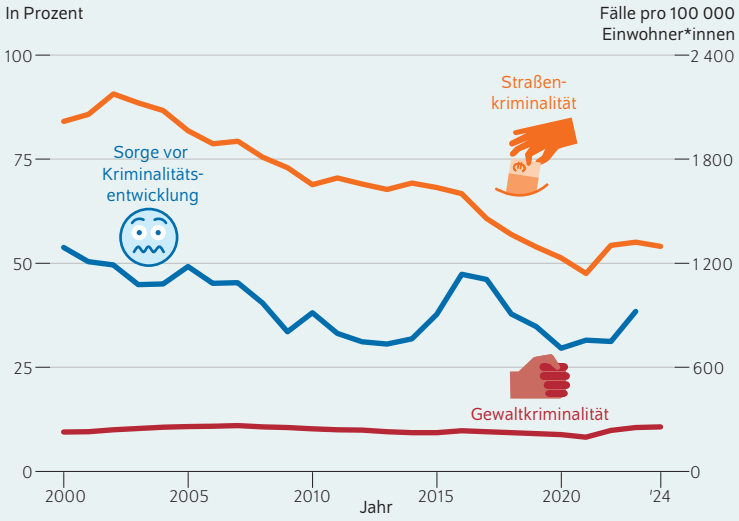
des Gleichwertigkeitsberichts der Bundesregierung 2024 (GWB) untersucht er die Entwicklung sowie regionale Unterschiede im Sicherheitsempfinden im Vergleich zur tatsächlichen Kriminalitätsentwicklung. Er zeigt, wie ungleich das Sicherheitsgefühl in der Gesellschaft verteilt ist, und diskutiert die gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung dieser Ergebnisse.

5 Christoph Birkel et al. (2022): Sicherheit und Kriminalität in Deutschland – SKiD 2020. Bundesweite Kernbefunde des Viktimisierungssurvey des Bundeskriminalamts und der Polizeien der Länder. Wiesbaden (online verfügbar).

6 Birkel et al. (2022), a. a. O.

Abbildung 2

Sorge vor Kriminalitätsentwicklung und Straßen- und Gewaltkriminalität in Deutschland
In Prozent (Sorgen); in Häufigkeitszahl (Kriminalität)



Anmerkungen: Es wird der Anteil der Befragten dargestellt, der auf die Frage „Wie ist es mit den folgenden Gebieten – machen Sie sich da Sorgen?" bezogen auf „Über die Entwicklung der Kriminalität in Deutschland" mit „große Sorgen" geantwortet hat. Die Korrelationskoeffizienten betragen: Gewaltkriminalität: 2000–2013 r=0,04; 2014–2017 r=0,85; 2018–2023 r=0,57. Straßenkriminalität: 2000–2013 r= 0,86; 2014–2017 r=0,70; 2018–2023 r= 0,69.

Quellen: SOEPv40; PKS, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Die Korrelation von Gewaltkriminalität und sozialer Kriminalitätsfurcht ist durchgängig positiv, schwankte aber in der Stärke und ist ab 2018 nur noch moderat ausgeprägt.

Kasten 2

Datengrundlage Kriminalität

Die Datengrundlage für die Kriminalitätsentwicklung bildet die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS).[1] Betrachtet werden die Straftatengruppen „Straftaten insgesamt", „Straftaten insgesamt, jedoch ohne Verstöße gegen das Aufenthalts-, das Asylverfahrens- und das Freizügigkeitsgesetz/EU", „Straßenkriminalität" (zum Beispiel Diebstahl an/aus Kraftfahrzeugen, Taschendiebstahl) und „Gewaltkriminalität" (zum Beispiel Raub, Körperverletzung).[2] Dabei werden Häufigkeitszahlen verwendet (Zahl der Straftaten pro 100 000 Einwohner*innen). Zur besseren Vergleichbarkeit von Kriminalitätsbelastung und -furcht wurden die Häufigkeitszahlen auf einer Skala von 0 (niedrigste Belastung) bis 1 (höchste Belastung) normiert. Die Kriminalitätsbelastung bezieht sich auf das Hellfeld (der Polizei bekannte Fälle) ohne Gewichtung verschiedener Tatbestände.[3]

1 Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), Bundeskriminalamt (online verfügbar).

2 Für Details siehe Übersicht Summenschlüssel 2024 der PKS (online verfügbar).

3 Zur Interpretation der PKS vgl. Anna Bindler (2025): Polizeiliche Kriminalitätsstatistik muss mit Vorsicht gelesen werden. DIW Statement (online verfügbar).

reduzieren soll (konative Ebene).[7] Auch sie wird über Befragungen erfasst, so zum Beispiel in der repräsentativen Dunkelfeldstudie des Bundeskriminalamts „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland" (SKiD)[8] oder der GWB-Befragung (Kasten 1). Die Teilnehmenden beantworten Fragen wie: „Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie abends allein in Ihrer Nachbarschaft unterwegs sind?" oder „Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrer Wohnumgebung insgesamt?"

Kriminalitätsfurcht korreliert in Deutschland teilweise mit der Kriminalitätsentwicklung

Inwieweit korrelieren soziale und personale Kriminalitätsfurcht mit polizeilich erfasster Kriminalität?[9] Diese Frage hat zwei Dimensionen: die Entwicklung über die Zeit und die regionale Verteilung der Variablen.

Die Korrelation zwischen sozialer Kriminalitätsfurcht und Kriminalitätsraten schwankt

Seit der Jahrtausendwende sinkt die Zahl der Straftaten, die in der Polizeilichen Kriminalstatistik berichtet werden, relativ zur Bevölkerungsgröße tendenziell (Kasten 2). Bis 2004 nahm die Kriminalitätsrate leicht zu, fiel dann bis 2010 und blieb bis 2014 auf diesem Niveau (Abbildung 1). Während der Fluchtzuwanderung 2015/16 stieg sie kurzfristig an. Zieht man von den Gesamtstraftaten jedoch Verstöße gegen das Aufenthalts-, Asylverfahrens- und Freizügigkeitsgesetz ab (zum Beispiel unerlaubter Aufenthalt), zeigt sich in diesem Zeitraum kein Anstieg der Kriminalität. Von 2017 bis 2021 sank die Rate wieder und erreichte mit 6070 Fällen pro 100 000 Einwohner*innen einen Tiefstand. Nach dem längeren Abwärtstrend steigen die Zahlen seit 2022 wieder an.[10]

Dem insgesamt langfristig rückwärtsläufigen Trend steht die Entwicklung der sozialen Kriminalitätsfurcht, basierend auf SOEP-Daten, entgegen. Während sich im Jahr 2000 rund 54 Prozent der Befragten große Sorgen über Kriminalität machten, waren es 2013 nur noch 31 Prozent. Ab 2014 stieg die soziale Kriminalitätsfurcht deutlich an und erreichte 2016 mit 47 Prozent fast das Niveau von 2000. Nach 2017 nahm sie zwar wieder ab, stieg jedoch ab 2021 erneut an. Im Jahr 2023 gaben 38 Prozent an, sich große Sorgen über die Kriminalitätsentwicklung zu machen.

7 Klaus Boers (1994): Kriminalität und Kriminalitätsfurcht im sozialen Umbruch. Neue Kriminalpolitik, 6(2), 27–31 (online verfügbar).

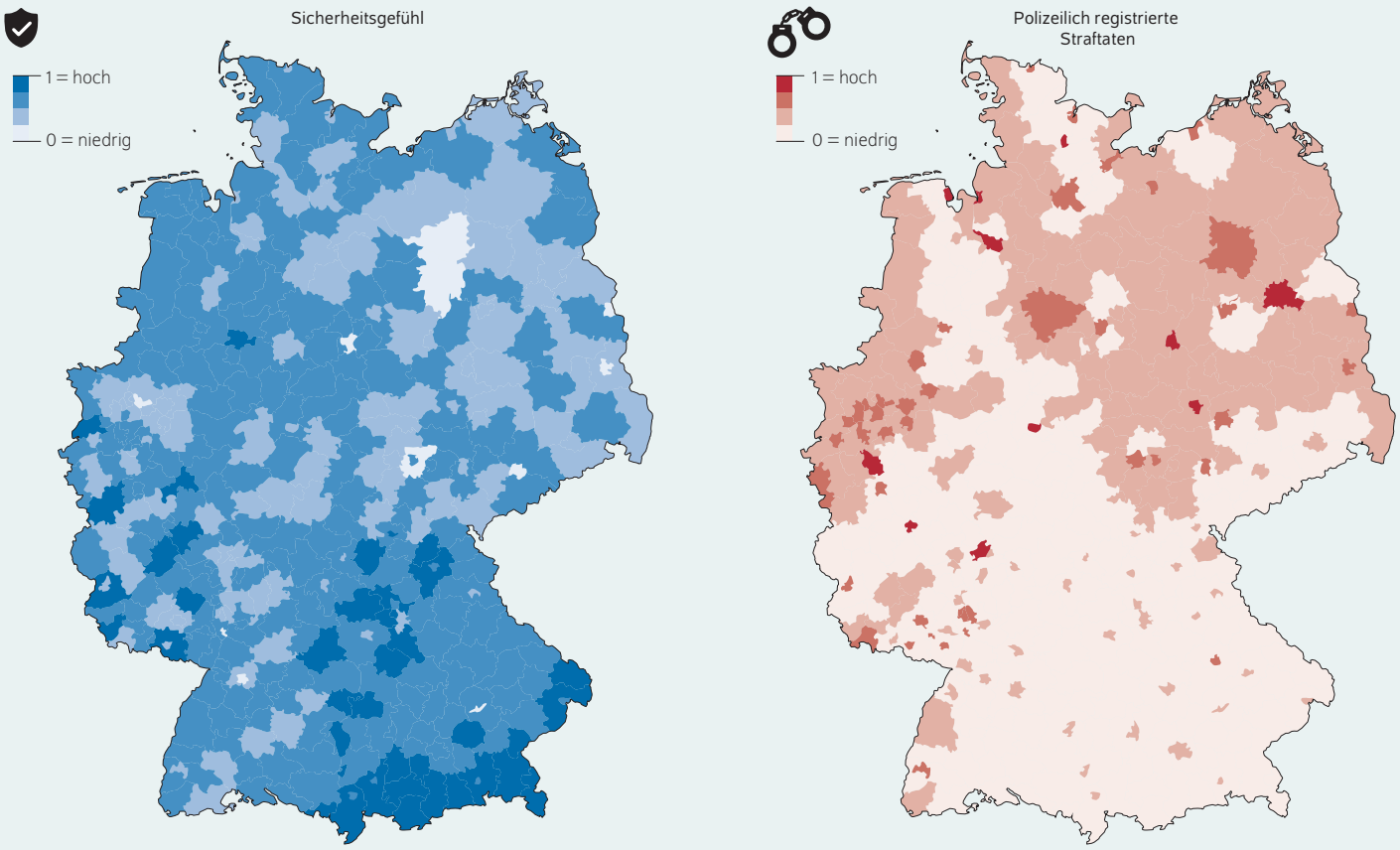
8 Birkel et al. (2022), a. a. O.

9 Für diesen Bericht liegen keine aktuellen Zahlen aus Dunkelfeldstudien vor. Die derzeit aktuellen Zahlen beziehen sich auf 2019/2020. Neue Zahlen der Dunkelfeldstudie des Bundeskriminalamts werden im Laufe des Jahres 2025 erwartet. Ein Vergleich methodischer Ansätze mit Gewichtung und Dunkelfeldbereinigung kommt zu ähnlichen Schlussfolgerungen. Bug, Kroh und Meier (2015), a. a. O.

10 Dieser Anstieg folgt der Zeit der Kontaktbeschränkungen während der Pandemie und kann teilweise durch zeitliche Verschiebungen von Kriminalität („Nachholeffekte") erklärt werden. Vgl. Christoph Nägel und Clemens Kroneberg (2023): Zum Anstieg der Kinder- und Jugenddelinquenz nach Ende der COVID-19-Pandemie. Kriminologie – Das Online-Journal 3, 182–207 (online verfügbar).

Abbildung 3

Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsbelastung in Deutschland 2023
Auf einer normierten Skala von 0 bis 1



Anmerkungen: Das Sicherheitsgefühl wird anhand der Frage „Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrer Wohnumgebung insgesamt?“ erfasst. Die Kriminalitätsbelastung wird anhand der Straftaten insgesamt, jedoch ohne Verstöße gegen das Aufenthalts-, das Asylverfahrens- und das Freizügigkeitsgesetz/EU, erfasst.

Quellen: Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung (2024); PKS, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Kriminalität und Kriminalitätsfurcht sind regional unterschiedlich verteilt. Bei beiden existiert ein Nord-Süd-Gefälle.

Die Entwicklung in der sozialen Kriminalitätsfurcht läuft teils parallel, teils entgegen der Entwicklung der Gesamtstraftaten pro 100 000 Einwohner*innen (Abbildung 1). Bis 2013 korrelierten beide Variablen stark positiv. Ab 2014 stieg die soziale Kriminalitätsfurcht jedoch, während die Kriminalitätsrate sank. Das bedeutet, dass von 2014 bis 2017 die Korrelation stark negativ war.[11] Seit 2018 korrelieren soziale Kriminalitätsfurcht und Kriminalitätsraten wieder positiv. Der Zeitraum, in dem sie gegenläufig sind, fiel in eine Phase großer gesellschaftlicher Veränderungen, geprägt durch die Fluchtzuwanderung 2015/16, aber auch mehrerer Terroranschläge in Europa. Diese können sich, unter anderem durch die mediale Berichterstattung, verstärkt auf das Sicherheitsempfinden in Deutschland ausgewirkt haben – auch wenn die Kriminalitätsraten nicht stiegen.[12]

Die Gesamtkriminalität umfasst eine Vielzahl an Straftaten mit unterschiedlichen Schweregraden, von denen einige mehr, andere weniger relevant für das Sicherheitsgefühl sein können. Potenziell besonders relevant sind Straßen- und Gewaltkriminalität (Kasten 2). Straßenkriminalität nahm seit der Jahrtausendwende deutlich ab (Abbildung 2). Auch hier zeigt sich zwischen 2014 und 2017 eine starke negative Korrelation mit sozialer Kriminalitätsfurcht. Die Gewaltkriminalität hingegen ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Die Korrelation mit sozialer Kriminalitätsfurcht blieb durchgängig positiv, schwankte aber in der Stärke und ist ab 2018 nur noch moderat ausgeprägt. Obwohl Gewaltkriminalität 2024 nur 3,7 Prozent der Straftaten ausmachte, ist sie jedoch

11 Die Aussage bezieht sich auf Gesamtstraftaten ohne ausländerrechtliche Verstöße, die im Regelfall nicht mit Gefährdungen einzelner Personen einhergehen.

12 Vgl. Olivier Marie und Paolo Pinotti (2024): Immigration and Crime: An International Perspective. Journal of Economic Perspectives, 38(1), 181–200 (online verfügbar).

Abbildung 4

Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsverteilung in Deutschland
Auf einer normierten Skala von 0 bis 1

Anmerkungen: Das Sicherheitsgefühl wird anhand der Frage „Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrer Wohnumgebung insgesamt?" erfasst. Die Kriminalitätsbelastung wird anhand der Straftaten insgesamt, jedoch ohne Verstöße gegen das Aufenthalts-, das Asylverfahrens- und das Freizügigkeitsgesetz/EU, erfasst.

Quellen: Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung (2024); PKS, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Das Sicherheitsgefühl in vielen deutschen Großstädten liegt trotz höherer Kriminalitätsbelastung im mittleren Bereich.

Kasten 3

Methodik: Regressionsanalysen

Der Zusammenhang zwischen Sicherheitsgefühl und sozio-ökonomischen Variablen wurde mit Regressionsanalysen erfasst. Dabei wurde das jeweilige Maß des Sicherheitsgefühls auf entsprechende Variablen regressiert. Der geschätzte Koeffizient spiegelt den Unterschied im Sicherheitsempfinden zur Referenzgruppe wider. Die Variablen (und Referenzgruppen) sind: unter 30 oder über 60 Jahre (30 bis 60 Jahre), Männer (Frauen), Hochschulabschluss (kein Hochschulabschluss), SOEP: Einkommen ≥ Median Nettoerwerbseinkommen (Einkommen<Median), GWB: Haushaltsnettoeinkommen ≥ 3000 Euro/Monat (<3000 Euro/Monat), Unternehmer*innen (andere ausgeübte Tätigkeit), Migrationshintergrund (kein Migrationshintergrund). Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Die Koeffizienten der GWB-Regressionen wurden mit Fixed Effekten auf Kreisebene um regionale Unterschiede bereinigt. Das heißt, es wurde die Korrelation der sozio-ökonomischen Charakteristika mit Sicherheitsempfinden innerhalb eines Landkreises untersucht. Somit konnten Unterschiede in Einkommen, Altersstruktur zwischen den Landkreisen konstant gehalten werden.

im öffentlichen Diskurs stark präsent und verursacht hohe Kriminalitätskosten.[13]

Kriminalität und Sicherheitsgefühl sind regional unterschiedlich verteilt

Die Korrelation zwischen Kriminalitätsfurcht und tatsächlicher Kriminalität wird nicht nur über die Zeit, sondern auch in ihrer räumlichen Verteilung untersucht. Dies ist insbesondere für die personale Kriminalitätsfurcht relevant, die sich nicht auf bundesweite Entwicklungen, sondern auf das persönliche Sicherheitsempfinden bezieht. Das anhand der GWB-Daten berechnete Sicherheitsempfinden in der eigenen Wohnumgebung variiert deutlich je nach Region (Abbildung 3). Auffällig ist ein Nord-Süd-Gefälle: Im Süden Deutschlands fühlen sich die Menschen sicherer als im Norden. Ein ähnliches Gefälle ergibt sich bei der regionalen Kriminalitätsbelastung, gemessen an der Gesamtkriminalität ohne ausländerrechtliche Verstöße. Dieses Nord-Süd-Gefälle war schon vor zehn Jahren bei Kriminalitätsfurcht und Kriminalitätsbelastung sichtbar.[14]

Wie bei der zeitlichen Entwicklung der sozialen Kriminalitätsfurcht korreliert das personale Sicherheitsgefühl teilweise mit der regionalen Kriminalitätsbelastung. Insgesamt zeigt sich eine moderat ausgeprägte negative Korrelation. Das bedeutet, dass Regionen mit weniger Kriminalität tendenziell ein höheres Sicherheitsgefühl aufweisen, aber dieser Zusammenhang nur moderat ausgeprägt ist. Dabei gibt es regionale Unterschiede (Abbildung 4): Viele Kreise mit einem hohen Sicherheitsgefühl haben auch eine geringe Kriminalitätsbelastung. Auffallend ist jedoch, dass das Sicherheitsgefühl in vielen Großstädten trotz höherer Kriminalitätsbelastung im mittleren Bereich liegt. Das legt nahe, dass Kriminalitätsfurcht und -belastung zwar zusammenhängen, letztere aber nicht allein das Sicherheitsempfinden bestimmt.[15]

Kriminalitätsfurcht ist gesellschaftlich ungleich verteilt

Nicht alle Menschen sind gleichermaßen von Kriminalität betroffen. Das Risiko, Opfer von Kriminalität zu werden, variiert nach demografischen und sozio-ökonomischen

13 Bindler, Hjalmarsson und Ketel (2020), a. a. O.

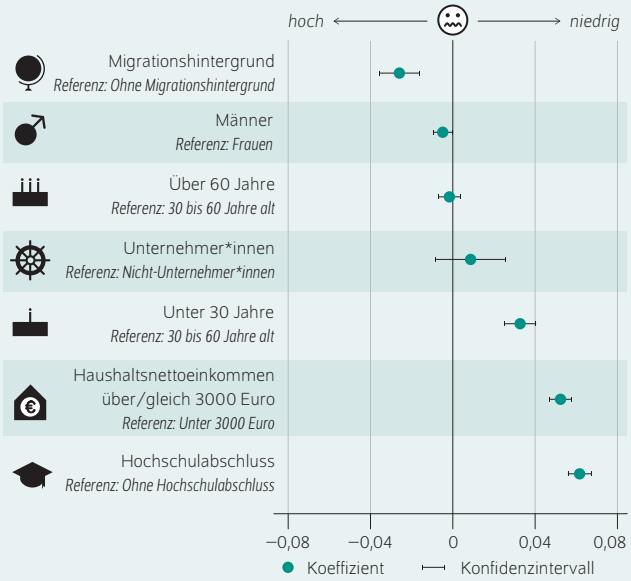
14 Bug, Kroh und Meier (2015), a. a. O.

15 Zur Problematik des Dunkelfelds vergleiche Fußnote 9.

Abbildung 5

Personale Kriminalitätsfurcht

In Skalenpunkten von 0 bis 1



Anmerkungen: In einer Regressionsanalyse werden die um regionale Unterschiede bereinigten Differenzen im Sicherheitsgefühl zwischen verschiedenen Gruppen geschätzt. Die abhängige Variable ist das normierte Sicherheitsgefühl. Das Ergebnis bezieht sich auf ein Modell mit einem Faktor. Referenzwert: Das durchschnittliche Sicherheitsgefühl beträgt rund 0,72 Skalenpunkte. Das 95-Prozent-Konfidenzintervall bedeutet, dass in 95 Prozent der Fälle der unbekannte tatsächliche Wert in diesem Intervall liegt. Die Fehlerwahrscheinlichkeit beträgt entsprechend fünf Prozent. Je enger das Intervall, desto genauer ist der geschätzte Effekt. Wenn die untere Grenze des Konfidenzintervalls unterhalb der Null und der obere oberhalb von Null liegt, ist der geschätzte Effekt nicht signifikant.

Lesebeispiel: Menschen mit Migrationshintergrund haben im Durchschnitt ein um −0,026 Skalenpunkte niedrigeres Sicherheitsgefühl in der Wohngegend als Menschen ohne Migrationshintergrund.

Quellen: Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung (2024); eigene Berechnungen.

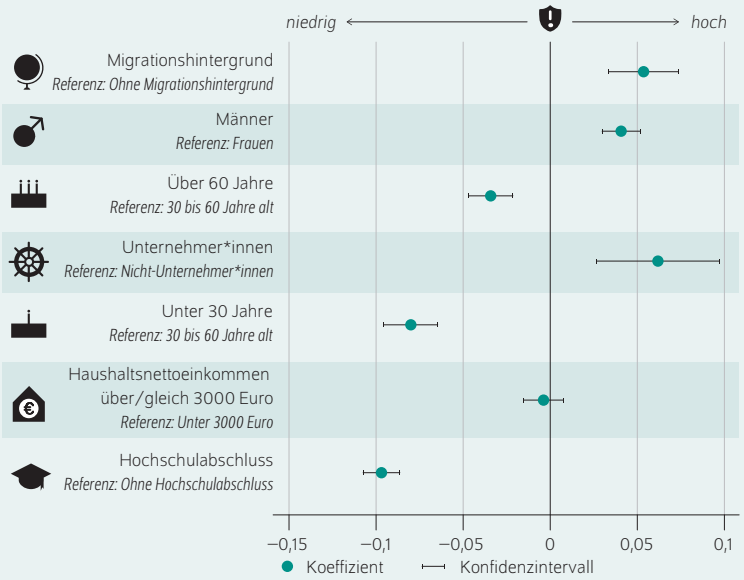
© DIW Berlin 2025

Menschen mit Migrationshintergrund haben im Durchschnitt ein niedrigeres Sicherheitsgefühl, Personen mit hohem Einkommen und hohem Bildungsabschluss ein höheres.

Abbildung 6

Wichtigkeitsempfinden von Sicherheit

Änderungen der Wahrscheinlichkeit auf einer Skala von 0 bis 1



Anmerkungen: In einer Regressionsanalyse werden die um regionale Unterschiede bereinigten Differenzen im Wichtigkeitsempfinden von Sicherheit zwischen verschiedenen Gruppen geschätzt. Die abhängige Variable ist eine binäre Variable, die angibt, ob Sicherheit vor Kriminalität einer der drei wichtigsten regionalen Faktoren ist. Das Ergebnis bezieht sich auf ein Modell mit einem Faktor. Das 95-Prozent-Konfidenzintervall bedeutet, dass in 95 Prozent der Fälle der unbekannte tatsächliche Wert in diesem Intervall liegt. Die Fehlerwahrscheinlichkeit beträgt entsprechend fünf Prozent. Je enger das Intervall, desto genauer ist der geschätzte Effekt. Wenn die untere Grenze des Konfidenzintervalls unterhalb der Null und der obere oberhalb von Null liegt, ist der geschätzte Effekt nicht signifikant.

Lesebeispiel: Männer haben im Gegensatz zu Frauen eine im Durchschnitt um 0,041*100 = 4,1 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, Sicherheit vor Kriminalität als wichtigen regionalen Faktor zu nennen.

Quellen: Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung (2024); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Menschen mit Migrationshintergrund, Männer und Unternehmer*innen haben im Durchschnitt eine höhere Wahrscheinlichkeit, Sicherheit als wichtig zu empfinden.

Merkmalen.[16] Aber nicht nur die objektive Wahrscheinlichkeit, Kriminalität zu erfahren, sondern auch die subjektiv wahrgenommene Kriminalitätsfurcht korreliert mit diesen sozio-ökonomischen Faktoren. Mithilfe von Regressionsmodellen kann dieser Zusammenhang zwischen individuellen Merkmalen und dem personalen Sicherheitsempfinden, der Einstellung zur Wichtigkeit von Sicherheit vor Kriminalität und der sozialen Kriminalitätsfurcht untersucht werden (Kasten 3). Die Ergebnisse lassen zwar keine kausalen Schlüsse zu, geben aber Aufschluss über die Verteilung des Sicherheitsempfindens in der Bevölkerung.

Junge Menschen unter 30 Jahren haben zwar im Durchschnitt ein höheres Risiko, Opfer zu werden, fühlen sich in ihrer Wohngegend aber sicherer als 30- bis 60-Jährige (Abbildung 5). Über 60-Jährige und unter 30-Jährige nennen Sicherheit vor Kriminalität im Vergleich zu anderen Faktoren signifikant weniger oft als einen der drei wichtigsten regionalen Faktoren als Menschen im mittleren Alter (Abbildung 6). Für die über 60-Jährigen steht beispielsweise „Gute Gesundheits- und Pflegeversorgung“ an erster Stelle. Der Geschlechterunterschied beim Sicherheitsgefühl ist klein (Abbildung 5). Allerdings bewerten Männer im Vergleich zu Frauen im Durchschnitt „Sicherheit vor Kriminalität“ häufiger als wichtigen regionalen Faktor. Menschen mit Migrationshintergrund fühlen sich in ihrer Wohngegend unsicherer und messen der Sicherheit eine höhere Bedeutung bei als Personen ohne Migrationshintergrund.[17]

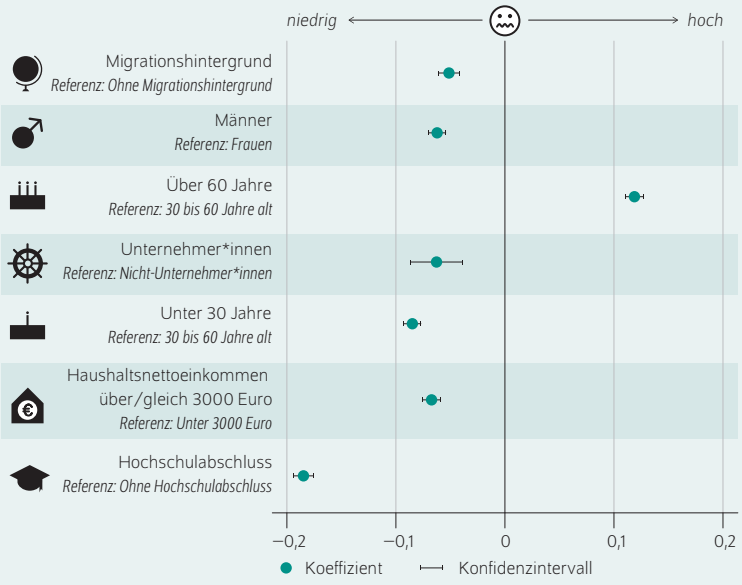
Auch sozio-ökonomische Merkmale spielen eine Rolle: Menschen mit Hochschulabschluss fühlen sich sicherer und

16 Bindler, Hjalmarsson und Ketel (2020), a. a. O.; Anna Bindler et al. (2024): Discontinuities in the age-victimisation profile and the determinants of victimization. Economic Journal, 134(657), 95–134 (online verfügbar).

17 Die Erkenntnisse decken sich mit früheren Ergebnissen. In der Dunkelfeldstudie SKiD 2020 zeigte sich bei Menschen mit Migrationshintergrund hinsichtlich vieler Straftaten eine signifikant höhere affektive Kriminalitätsfurcht. Menschen mit Migrationshintergrund haben beispielsweise eine wesentlich höhere Furcht vor Vorurteilskriminalität, vgl. Birkel et al. (2022), a. a. O.

Abbildung 7

Wahrscheinlichkeit, sich große Sorgen um die Kriminalitätsentwicklung in Deutschland zu machen
Änderungen der Wahrscheinlichkeit auf einer Skala von 0 bis 1



Anmerkungen: In einer Regressionsanalyse werden Differenzen der sozialen Kriminalitätsfurcht zwischen verschiedenen Gruppen geschätzt. Die abhängige Variable ist eine binäre Variable, die angibt, ob man sich große Sorgen um die Kriminalitätsentwicklung in Deutschland macht. Das obere Ergebnis bezieht sich auf ein Modell mit einem Faktor. Das 95-Prozent-Konfidenzintervall bedeutet, dass in 95 Prozent der Fälle der unbekannte tatsächliche Wert in diesem Intervall liegt. Die Fehlerwahrscheinlichkeit beträgt entsprechend fünf Prozent. Je enger das Intervall, desto genauer ist der geschätzte Effekt. Wenn die untere Grenze des Konfidenzintervalls unterhalb der Null und der obere oberhalb von Null liegt, ist der geschätzte Effekt nicht signifikant.

Lesebeispiel: Männer haben im Gegensatz zu Frauen eine im Durchschnitt um 0,062*100 = 6,2 Prozentpunkte niedrigere Wahrscheinlichkeit, sich große Sorgen um die Kriminalitätsentwicklung in Deutschland zu machen.

Quellen: SOEPv40, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Vulnerable Bevölkerungsgruppen zeigen eine höhere soziale Kriminalitätsfurcht.

schätzen das Thema weniger wichtig ein als Personen ohne Hochschulabschluss. Unternehmer*innen wiederum stufen Sicherheit häufiger als wichtig ein als der Rest der Bevölkerung. Personen aus Haushalten mit höherem Nettoeinkommen berichten von einem stärkeren Sicherheitsgefühl als solche mit niedrigeren Haushaltseinkommen. Dies kann mit unterschiedlichen Lebensumständen zusammenhängen, aber auch damit, wie hoch das tatsächliche Kriminalitätsrisiko vor Ort ist.

Die SOEP-Daten erlauben es auch, die Verteilung der sozialen Kriminalitätsfurcht zu untersuchen (Kasten 3). Männer, Personen unter 30 Jahren, Menschen mit Migrationshintergrund, mit Hochschulabschluss oder mit einem höherem Nettoerwerbseinkommen sorgen sich durchschnittlich weniger über die Kriminalitätsentwicklung (Abbildung 7). Über 60-Jährige hingegen haben eine signifikant höhere soziale Kriminalitätsfurcht. Obwohl Männer und junge Menschen ein höheres Risiko haben, Opfer einer Straftat zu werden, ist die soziale Kriminalitätsfurcht bei Frauen und älteren Menschen stärker ausgeprägt.[18] Dieser scheinbare Gegensatz lässt sich durch die höhere Verletzlichkeit dieser Gruppen plausibel erklären. Auch kann Kriminalitätsfurcht zu Vermeidungsverhalten führen, das das Risiko, Opfer zu werden, senkt.

Sicherheitsgefühl ist ökonomisch und politisch relevant

Studien dokumentieren die gesellschaftliche Relevanz von Kriminalitätsfurcht. Im privaten Leben kann sie etwa die Lebensqualität mindern, private Ausgaben für Sicherheit erhöhen, aber auch zu veränderten Routinen und Aktivitäten führen, die sich auch auf die Arbeitsmarktteilhabe auswirken.[19] Im öffentlichen Bereich kann ein geringeres Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung zu höheren staatlichen Ausgaben führen (um dem entgegenzuwirken), aber auch den sozialen Zusammenhalt schwächen und die politische Meinungsbildung beeinflussen.[20] Die gesellschaftliche und ökonomische Relevanz von Sicherheit und Sicherheitsempfinden spiegelt sich auch in den hier untersuchten Daten wider: Im Gleichwertigkeitsbericht nannten etwa 13 Prozent der Befragten Sicherheit vor Kriminalität als einen von drei besonders wichtigen Faktoren für die Lebensqualität in den Regionen Deutschlands. Mehr Zustimmung fanden nur die Themen bezahlbarer Wohnraum und gute Gesundheits- und Pflegeversorgung. Bei Unternehmer*innen war Sicherheit vor Kriminalität mit 16 Prozent der am häufigsten genannte Faktor. Diese Zahl deutet darauf hin, dass das Sicherheitsgefühl auch für den Wirtschaftsstandort entscheidend ist.[21]

Auch in der politischen Meinungsbildung spielt Kriminalität eine Rolle. Daten des Politbarometers der Forschungsgruppe Wahlen veranschaulichen (Kasten 1): Das Gefühl, durch Kriminalität bedroht zu sein, variiert stark nach Wahlabsicht der Befragten (Abbildung 8). Bei Anhänger*innen von CDU/CSU, SPD und Die Linke schwankt der Anteil der Besorgten in den vergangenen 20 Jahren meist zwischen 20 und 40 Prozent, folgt aber einem ähnlichen Trend. Auffällig ist, dass zwei Parteien von diesem Trend abweichen: Bei Anhänger*innen der Grünen ist die Kriminalitätsfurcht weniger stark ausgeprägt und liegt mit wenigen Ausnahmen unter 20 Prozent. Dagegen ist bei denen der AfD die Kriminalitätsfurcht viel stärker ausgeprägt: Im Jahr 2023 fühlen sich über 60 Prozent von ihnen von Kriminalität bedroht. Diese Zahlen lassen keine Rückschlüsse zu, ob politische

18 Dieses Phänomen wird auch als Kriminalitätsfurcht-Paradox bezeichnet. Vgl. Informationen auf SozTheo.de – Soziologie & Kriminologie. Bei den Geschlechterunterschieden liegt die soziale Kriminalitätsfurcht von Frauen schon seit der ersten Abfrage im SOEP (1994) über dem Wert der Männer. Vgl. Theresa M. Entringer und Laura Buchinger (2024): Subjektives Wohlbefinden und Sorgen. Sozialbericht 2024: Ein Datenreport für Deutschland (online verfügbar).

19 Existierende Studien zeigten beispielsweise im US-Kontext schon früh, dass Menschen ihr Arbeitsmarktverhalten in dem Sinne an lokale Kriminalität anpassen, dass sie weniger abends und nachts arbeiten. Die daraus resultierenden wirtschaftlichen Kosten wurden auf zwischen vier und zehn Milliarden US-Dollar geschätzt. Daniel S. Hamermesh (1999): Crime and Timing of Work. Journal of Urban Economics, 45(2), 311–330 (online verfügbar).

20 Bindler, Hjalmarsson und Ketel (2020), a. a. O.

21 Vgl. Anna Bindler et al. (2025): Sondervermögen allein reichen nicht – Fünf dringende Maßnahmen für den Standort Deutschland. DIW aktuell Nr. 112 (online verfügbar).

Meinungen sich kausal aus Kriminalitätsfurcht ergeben. Sie verdeutlichen aber die politische Relevanz des Themas und die unterschiedlichen Wahrnehmungen in der Bevölkerung.

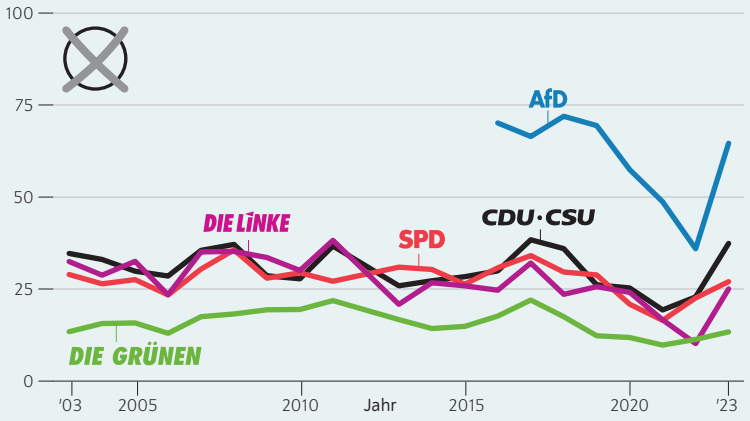
Fazit: Kriminalitätsfurcht ernst nehmen und sachlich aufklären

Es zeigt sich, dass der Zusammenhang zwischen sozialer Kriminalitätsfurcht und Kriminalitätsraten über die Zeit schwankt. Die Ergebnisse bekräftigen die Schlussfolgerungen einer Studie des DIW Berlin von vor zehn Jahren, dass Kriminalitätsfurcht in manchen Jahren positiv mit Kriminalität korreliert.[22] Sie zeigen aber auch, dass gerade in Zeiten gesellschaftlicher Veränderungen und Vorkommnisse Kriminalitätsfurcht unabhängig vom Kriminalitätsaufkommen zunehmen kann. Darüber hinaus sieht man eine regionale Ungleichheit beim Sicherheitsempfinden. Diese korreliert mit der Verteilung der Kriminalitätsbelastung, aber nicht perfekt. Auch gesellschaftlich ist Kriminalitätsfurcht ungleich verteilt und betrifft in vielerlei Hinsicht vor allem vulnerable Gruppen.

Die Analysen in diesem Bericht zeigen Korrelationen und beschreibende Zusammenhänge auf. Zukünftige Forschung sollte kausale Zusammenhänge untersuchen, um evidenzbasiertes Handeln zu ermöglichen. Dafür ist auch eine verbesserte Datenlage notwendig, zum Beispiel durch eine jährliche Dunkelfeldbefragung – so wie in anderen europäischen Ländern.[23] Das würde es ermöglichen, die Entwicklungen von Kriminalität (inklusive Dunkelfeld) und Sicherheitsempfinden in Deutschland systematisch über die Zeit hinweg zu analysieren. Angesichts der ökonomischen und politischen Relevanz ist dies wichtig. Schon jetzt lassen sich aber Schlüsse für Politik und Gesellschaft ableiten: Gerade in Zeiten großer Veränderungen braucht es eine sachliche und transparente Kommunikation, damit subjektive Wahrnehmung von Kriminalität und faktische Sicherheitslage nicht auseinanderdriften. Auf der einen Seite kommt den Medien hier eine wichtige Rolle zu: Untersuchungen zeigen zum Beispiel, dass zu Gewalt- oder Sexualdelikten überproportional oft berichtet wird und dass Wahrnehmungen von Kriminalität von der Art der Berichterstattung geprägt sind.[24] Auf der anderen Seite sollte die Politik einen sachlichen Diskurs anstreben, der auf Fakten und Aufklärung setzt und keine unnötigen Ängste und Verunsicherungen auslöst. Dabei ist es wichtig, kurzfristige Kriminalitätsentwicklungen zu kommunizieren und zu diskutieren. Allerdings sollte dies transparent und im Kontext der langfristigen Trends passieren. Letztendlich ist aber natürlich auch eine Sicherheits- und Kriminalpolitik entscheidend, die Prävention und effektive Strafverfolgung kombiniert, um Kriminalität nachhaltig zu reduzieren und das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung zu stärken.

Abbildung 8

Wahrnehmung von Bedrohung durch Kriminalität nach Wahlabsicht
In Prozent



Anmerkungen: Die Grafik zeigt den Anteil der Befragten, die sich durch Kriminalität in Deutschland bedroht fühlt, nach ihrer angegebenen Wahlabsicht. Aufgrund einer zu kleinen Anzahl an Beobachtungen bis 2015 werden die Werte für Personen mit Wahlabsicht AfD erst ab 2016 dargestellt. Das Bedrohungsgefühl wurde außerdem nicht in jedem Monat eines Jahres abgefragt und die Anzahl an Beobachtungen pro Monat ist zum Teil klein, sodass Antworten monatlich gewichtet und jährlich gemittelt wurden.

Quellen: Forschungsgruppe Wahlen, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Der Anteil der Befragten, die angeben sich durch Kriminalität bedroht zu fühlen, variiert stark nach politischer Zugehörigkeit.

22 Bug, Kroh und Meier (2015), a. a. O.

23 In Deutschland gibt es seit 2020 bereits die bundesweite Dunkelfeldbefragung „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland (SKiD)". Sie soll langfristig alle *zwei* Jahre durchgeführt werden. Siehe Projektbeschreibung SKiD des BKA (online verfügbar).

24 Eric van Um, Michael Huch und Mathias Bug (2015): Lokale Kriminalitätsberichterstattung: Abbild oder Zerrspiegel von Kriminalität? DIW Wochenbericht Nr. 12, 288–294 (online verfügbar); Sekou Keita, Thomas Renault und Jérôme Valette (2024): The Usual Suspects: Offender Origin, Media Reporting and Natives' Attitudes Towards Immigration. The Economic Journal, 134(657), 322–362 (online verfügbar).

Anna Bindler ist Leiterin der Abteilung Kriminalität, Arbeit und Ungleichheit im DIW Berlin | abindler@diw.de

Hannah Walther ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Kriminalität, Arbeit und Ungleichheit im DIW Berlin | hwalther@diw.de

JEL: K42, K14, R19, J10

Keywords: crime, crime perceptions, public security, regional inequality, social inequality

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 30/2025:
www.diw.de/diw_weekly

INTERVIEW

„Menschen aus wohlhabenderen Haushalten fühlen sich sicherer“

Anna Bindler, Leiterin der Abteilung Kriminalität, Arbeit und Ungleichheit im DIW Berlin

1. Frau Bindler, älteren Studien zufolge ist die Angst vor Kriminalität teilweise irrational und deckt sich nicht immer mit der tatsächlichen Sicherheitslage. Inwieweit bestätigen oder widerlegen das die Ergebnisse Ihrer aktuellen Studie? Sowohl als auch, würde ich sagen. Vor etwa zehn Jahren haben sich Forscher*innen am DIW Berlin schon einmal mit der Frage beschäftigt und fanden einen positiven Zusammenhang zwischen Kriminalität und Kriminalitätsfurcht. Im gleichen Zeitraum zeigen sich auch in unseren Analysen ähnliche Ergebnisse. Allerdings sehen wir in späteren Zeiträumen eine gegenläufige Entwicklung.

2. Ist die Angst vor der Kriminalität größer als die tatsächliche Bedrohung oder ist es umgekehrt? Das schwankt über die Zeit. Bis etwa 2013 entwickelt sich beides relativ parallel. Das heißt, wir sehen einen Rückgang in der Angst vor Kriminalität und einen Rückgang in der Kriminalität. Ab 2014 bis circa 2018 läuft das gegeneinander. Das heißt, wir sehen weiterhin einen Rückgang in der Kriminalität, aber einen Anstieg im Unsicherheitsgefühl.

3. Gibt es eine Erklärung dafür? Wir können das nicht kausal belegen, aber dieser Zeitraum, in dem beide Entwicklungen gegenläufig sind, fällt zusammen mit gesellschaftlichen Veränderungen. Das ist die Zeit der Fluchtzuwanderung 2015/16, aber auch ein Zeitraum mit vielen Terroranschlägen in Europa. Das hat sicherlich dazu beigetragen, dass das Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung gestiegen ist.

4. Welche regionalen Unterschiede gibt es bei der Kriminalität und der Kriminalitätsfurcht? Wir stellen ein starkes Nord-Süd-Gefälle in Deutschland fest. Das ist nichts Neues. In den nördlichen Regionen Deutschlands ist die Kriminalität höher, aber auch das Sicherheitsempfinden geringer. Umgekehrt sind Regionen, die im Sinne der Kriminalstatistik sicherer sind, auch Regionen, in denen sich Menschen grundsätzlich sicherer fühlen. Diese Korrelation ist aber nicht perfekt, denn es gibt Unterschiede. Das sehen wir besonders in den Großstädten. Das sind Gegenden, in denen die Kriminalität hoch ist, aber das Sicherheitsempfinden gar nicht so niedrig, wie man das vielleicht vermuten würde.

5. Inwieweit unterscheidet sich das Sicherheitsgefühl nach Alter, Geschlecht oder sozio-ökonomischen Merkmalen? Grundsätzlich haben Männer im Gegensatz zu Frauen ein höheres Sicherheitsempfinden und jüngere Menschen ein höheres als ältere Menschen. Beim Migrationshintergrund muss man unterscheiden. Bei der sozialen Kriminalitätsfurcht, das heißt, die Sorgen, was in der Gesellschaft passiert, sehen wir hier ein höheres Sicherheitsempfinden. Geht es um die personale Kriminalitätsfurcht, also um die eigene Betroffenheit, beobachten wir bei Menschen mit Migrationshintergrund ein niedrigeres Sicherheitsempfinden. Was die sozio-ökonomischen Faktoren angeht, sehen wir zum Beispiel, dass sich Menschen aus wohlhabenderen Haushalten sicherer fühlen.

6. Was bedeuten Ihre Ergebnisse für den Umgang der Politik mit diesem Thema? Zum einen haben wir enormen Forschungsbedarf, um zu verstehen, was das Sicherheitsgefühl von Menschen beeinflusst. Basierend darauf geht es um die Frage: Warum haben Menschen, die im gleichen Land leben, ein ganz anderes subjektives Empfinden von Kriminalität? Was können wir hier machen? Was ist die Rolle der Medienberichterstattung und des politischen Diskurses? Meine Schlussfolgerung ist, dass es ganz wichtig ist, eine verantwortungsvolle Berichterstattung zu haben, die aufklärt und keine Ängste schürt, aber auch einen sachlichen Diskurs, gerade zum Thema Kriminalität, damit das subjektive Empfinden und die faktische Kriminalitätsentwicklung nicht auseinanderdriften.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.

Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf **www.diw.de/interview**

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2025-30-2

SOEP Papers Nr. 1225
2025 | Renate Lorenz

A Changing Ethnic Landscape? The Effect of Refugee Immigration on Inter-ethnic Group Relations and Identities of Previous Immigrants

How does the arrival of a new immigrant group affect earlier generations of immigrants? Do group relations and self-identification change? Previous research on ethnic boundaries is usually restricted to a two-group paradigm and primarily focuses on the majority group's perspective. In contrast, this study analyzes how the arrival of refugees in Germany influenced previous immigrants of Turkish and Polish origin by exploiting regional and temporal variation in refugee immigration. I combine macro data about refugees with individual longitudinal data of a large-scale German panel survey (SOEP) from 2012 to 2018 based on a random sample. Using fixed effects estimations, this study finds that an increasing proportion of refugees in a county increased concerns about immigration and decreased self-reported discrimination among Turkish (N = 676 respondents, n = 2,914 person-years) and Polish (N = 513 respondents, n = 2,141 person-years) respondents. Moreover, Turkish immigrants showed a tendency to feel more German and felt closer to Turkey at the same time. Poles also felt more German but not closer to Poland. These results are in line with the theoretical assumptions that minority groups tend to distance themselves from new immigrants, and use the opportunity to improve their own social position by strengthening their identification with the majority and/or with their own ethnic group.

www.diw.de/publikationen/soeppapers

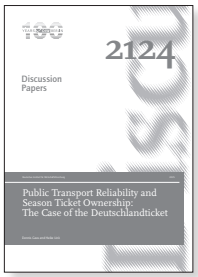
SOEP Papers Nr. 1226
2025 | Alexander Eriksson Byström, María Sól Antonsdóttir

Thanks, but No Thanks: A Microsimulation of BAföG Eligibility and Non-Take-Up

While the body of literature on the non-take-up of public aid has grown substantially in recent years, a notable gap remains in the literature of non-take-up rates for student aid programs, where research is still extremely limited. This paper examines the non-take-up rate of Germany's federal student aid program BAföG by creating a microsimulation based on data from the German Socio-Economic Panel for the period 2007–2021. Using the outcome of our microsimulation, we estimate three specifications of binary choice models to examine how individual characteristics relate to take-up decisions. Our findings indicate that non-take-up has increased over the past decade, with an average rate of approximately 60% for our study period. Several factors contribute to this pattern. Students who expect only a small award are much more likely to forgo BAföG, while those who are more familiar with the programme, for example through a sibling who has already claimed, tend to have lower non-take-up rates. We also observe notable regional differences as students from East Germany are more likely to apply than those from West Germany, which may reflect differing attitudes toward state support. Age and partnership status are also associated with higher non-take-up, whereas we do not find evidence that behavioural traits such as risk preference, patience, or impulsiveness play a substantial role.

www.diw.de/publikationen/soeppapers

Discussion Papers Nr. 2124
2025 | Dennis Gaus, Heike Link



Public Transport Reliability and Season Ticket Ownership: The Case of the Deutschlandticket

This paper provides a systematic analysis of peoples' decision to purchase the Deutschlandticket, identifying primary customer groups and the role of public transport irregularities such as delays and cancellations. It builds on a panel dataset covering survey answers from almost 3000 participants between March and December 2023 and applies a series of binary logit models. The results confirm that the main customer group of the Deutschlandticket consists of younger people and (fulltime) workers. The ticket does not significantly contribute to a modal shift towards public transport, as it is primarily purchased by people who were frequent public transport users or even owners of a season ticket already in the past, whereas car owners refrain from purchasing the ticket. It cannot be confirmed that an increase in public transport reliability could boost ownership of the Deutschlandticket, as the impact of irregularities on the purchase decision is small and limited to specific subgroups.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

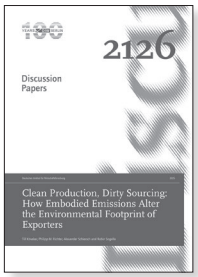
Discussion Papers Nr. 2125
2025 | Michaela Kreyenfeld, Sarah Schmauk, Katharina Wrohlich, Daniel Brüggmann

Policy Change and Women's and Men's Earnings around Divorce: Evidence from the German Maintenance Reform

This paper examines the gendered impact of divorce on earnings and the role of the social policy context in shaping this relationship. In particular, it focuses on a policy reform enacted in Germany in 2008 that overturned previous ex-spousal support rules. Data come from the administrative records of the German Public Pension Fund. Drawing on a fixed- effects model, we study the behaviour of women and men who separated between 2004 and 2011 (n=21,617 divorces). We find that women's earnings increased throughout the divorce process. This effect was slightly more pronounced after the reform than before. In contrast to women's earnings, men's earnings declined throughout the divorce process. The reform seems to have somewhat mitigated this negative divorce effect. The paper also shows heterogeneous effects across regions. While divorce had strong effects on women's and men's earnings in West Germany, it did not change the earning patterns of East German men and women either before or after the reform. The paper concludes by discussing avenues for post- separation policies from a gender perspective.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Discussion Papers Nr. 2126
2025 | Till Köveker, Philipp M. Richter, Alexander Schiersch, Robin Sogalla

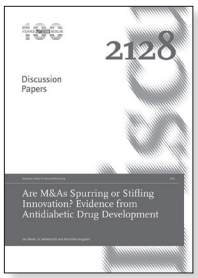


Clean Production, Dirty Sourcing: How Embodied Emissions Alter the Environmental Footprint of Exporters

This paper revisits the exporter's environmental premium (EEP) by incorporating emissions embodied in domestically and internationally sourced intermediate inputs. Combining administrative firm-level data and customs records for German manufacturers with an environmentally extended input-output table and fuel specific emission factors, we document three stylized facts: (i) embodied emissions account for over half of firms' total emissions; (ii) exporters' production involves disproportionately more embodied emissions, particularly through international sourcing; and (iii) once embodied emissions are considered, the EEP reverses: exporters appear cleaner based on production-related emissions alone, but dirtier in total emissions. We rationalize these patterns in a sourcing model and test its predictions using a shift-share IV strategy based on foreign demand shocks. Export expansion lowers the production-related emission intensity without affecting total emissions, underscoring the role of sourcing in shaping firm-level environmental outcomes. These findings highlight the importance of accounting for embodied emissions when evaluating the welfare and environmental consequences of trade liberalization.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Discussion Papers Nr. 2128
2025 | Jan Malek, Jo Seldeslachts, Reinhilde Veugelers



Are M&As Spurring or Stifling Innovation? Evidence from Antidiabetic Drug Development

This paper provides empirical evidence on which M&A deals spur innovation, and which stifle it. To do so, we consider not only the product market position of the acquiring firm, but also the position of both target and acquirer in the technology space. Focusing on the antidiabetic drugs market, our dataset tracks the lifecycle and patenting of all individual antidiabetic projects in development between 1997 and 2017. We show that most terminations of acquired projects occur while the projects are still far from product market entry. Nevertheless, a number of these early-stage acquisitions have a positive impact on innovation. These cases arise when incumbents acquire projects close to their own projects in product markets, but only if these projects are also close in technology markets. Those deals are associated with increased subsequent patenting, which is consistent with the exploitation of technological synergies. Our results point to the crucial role of combining both product market and technology market positions in assessing the innovation effects of pharmaceutical M&As.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

MARCEL FRATZSCHER

Für eine Stärkung des Bürgergelds

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Die neue Bundesregierung will das Bürgergeld abschaffen, Leistungen kürzen und Sanktionen verschärfen. Das ist ein großer Fehler. Solche Maßnahmen steigern die Armut, mindern die Teilhabe, verschlechtern die Arbeitsmarktchancen und rauben vielen Empfänger*innen ihre Würde. Der Schaden für die Betroffenen, unsere Demokratie und den Sozialstaat ist beträchtlich. Die Bundesregierung sollte einen anderen Kurs einschlagen, und das Bürgergeld gezielter gestalten.

Eine neue Studie im Auftrag des Vereins Sanktionsfrei, bestätigt, was viele andere Untersuchungen bereits zeigen: Die Leistungen des Bürgergelds – aktuell 563 Euro für Alleinstehende – sind zu niedrig und führen zu erheblichem materiellen Verzicht. Fast alle Bürgergeld-Empfänger*innen leben mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens. Viel gravierender ist, dass es vielen am Notwendigsten fehlt: Über die Hälfte der befragten Eltern gibt an, auf Essen zu verzichten, damit die eigenen Kinder genug zu essen haben.

Diese Lebensrealität nimmt vielen Menschen ihr Selbstwertgefühl und ihre Würde. Drei von vier Bürgergeld-Empfänger*innen empfinden, dass sie kein würdevolles Dasein führen können. Nur einer von zehn sieht sich noch als Teil der Gesellschaft. Fast die Hälfte empfindet Scham, auf Bürgergeld angewiesen zu sein. Die Folge ist der Rückzug aus sozialer, gesellschaftlicher und politischer Teilhabe. Wer ausgegrenzt wird, findet schwerer zurück – in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt.

Die Politik muss die Perspektiven und Sorgen der Betroffenen ernst nehmen, statt sie pauschal als „faul" zu stigmatisieren. Zudem braucht es eine ernsthafte Investition in die Arbeitsmarktintegration. Die große Mehrheit der Empfänger*innen fühlt sich auch durch die Jobcenter nicht ausreichend unterstützt. Gleichzeitig zeigt eine Studie des DIW Berlin, dass Mitarbeitende in den Jobcentern über fehlende Mitwirkung einzelner Bürgergeld-Beziehender berichten. Der Staat muss mehr in Jobcenter investieren und gezielt dort stärken, wo es an Mitwirkung fehlt oder Missbrauch vorliegt.

5,4 Millionen Menschen leben in Deutschland vom Bürgergeld. Ein Drittel davon sind Kinder. Rund 800 000 – überwiegend alleinerziehende Mütter – arbeiten, verdienen aber zu wenig, oft wegen mangelnder Betreuungsangebote. Die überwältigende Mehrheit will arbeiten, Teil der Gesellschaft sein und ein Leben in Würde führen. Dem gegenüber stehen im Jahr 2023 rund 16 000 Totalverweigerer. Diese dürfen nicht als Rechtfertigung für eine Politik herhalten, die Millionen Menschen pauschal unter Verdacht stellt.

Kontrovers werden zudem Sanktionen diskutiert. Manche Politikerinnen und Bürger wünschen sich härtere Sanktionen gegen Mißbrauch und fehlende Kooperation für Bürgergeldempfänger. Die wenigen Studien, die es gibt, zeigen jedoch, dass Sanktionen langfristig kein effektives sondern eher ein kontraproduktives Instrument sein können. So zeigt eine Studie von Joachim Wolff vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit, dass Sanktionen kurzfristig die Beschäftigungswahrscheinlichkeit zwar erhöhen, sie aber langfristig sogar leicht reduzieren.

Wie die oben genannte Studie des DIW Berlin unterstreicht, müssen andere Wege gefunden werden, um die Mitwirkung und Zusammenarbeit von Bürgergeldempfängern, auf der einen Seite, und den Jobcentern, auf der anderen Seite, zu verbessern. Das Ziel muss sein mehr Menschen aus dem Bürgergeld dauerhaft in Arbeit zu bringen.

Es ist höchste Zeit, den populistischen Angriff auf das Bürgergeld zu beenden. Dieser Populismus grenzt aus, stigmatisiert und verschlechtert die Chancen auf Wiedereingliederung. Auch unsere Demokratie leidet, wenn große Teile der Bevölkerung keine Teilhabe mehr erleben. Die Lösungen liegen auf dem Tisch: Ein Ende des Populismus – und stattdessen Investitionen in Teilhabe, Würde und Arbeitsmarktintegration.

Dieser Kommentar ist in einer längeren Version am 4. Juli 2025 bei Zeit online erschienen.

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2025-30-3